

Presse- Information

22. Juni 2022



Foto: IG BAU | Tobias Seifert
[Das Bild ist in Druckqualität
angehängt.
Das Foto wird zur
redaktionellen Verwendung
im Kontext der IG BAU-
Berichterstattung überlassen.
Der Abdruck des Fotos ist
honorarfrei. Auf die Nennung
vom Rechteinhaber sowie vom Fotografen kann verzichtet werden.]

**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Bezirksverband
Ostwestfalen-Lippe**

Marktstraße 8 • 33602 Bielefeld
Telefon 05 21 – 938 40-0
Fax 05 21 – 938 40-99

Sven Bönnemann 0160 – 96 94 72 59
stellv. Regionalleiter Westfalen

Sabine Katzsche-Döring
Bezirksvorsitzende

bielefeld@igbau.de
www.igbau.de

Bild-Unterzeile

Lohn-Prellerei bis illegale Beschäftigung: Beamtinnen und Beamte des Zolls decken immer wieder Missstände auf. Die IG BAU fordert noch mehr Kontrollen. Außerdem brauche der Zoll mehr Personal, um die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns, der auf 12 Euro steigen soll, sicherzustellen.

„Finanzkontrolle Schwarzarbeit soll im Kreis Paderborn präsenter sein“

Geprellte Löhne: Bielefelder Zoll leitete 113 Verfahren gegen Firmen ein

Lohn-Prellerei aufgedeckt: Das Hauptzollamt Bielefeld, das auch für den Kreis Paderborn zuständig ist, hat im vergangenen Jahr 113 Verfahren gegen Unternehmen eingeleitet, weil Mindestlöhne unterschritten, gar nicht oder zu spät gezahlt wurden. Dabei verhängten die Beamten Bußgelder in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro. Das teilt die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf eine Erhebung des Bundesfinanzministeriums für den Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup (SPD), der auch Mitglied im Finanzausschuss des Parlaments ist. Demnach entfielen 37 Ordnungswidrigkeitsverfahren auf Baufirmen in der Region, gegen die Geldbußen von 303.000 Euro verhängt wurden.

„Die Zahlen zeigen, dass es viele Arbeitgeber mit der Bezahlung ihrer Beschäftigten nicht so genau nehmen. Der Zoll sollte daher auch im Kreis Paderborn noch mehr Präsenz zeigen. Das Risiko für schwarze Schafe, bei einer Kontrolle erwischt zu werden, ist noch immer zu gering“, sagt Sabine Katzsche-Döring. Die IG BAU-Bezirksvorsitzende verweist darauf, dass die Arbeit, die auf die Zolleinheit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) zukommt, mehr werde.

Denn mit der geplanten Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde stiegen ab Oktober auch die Einkommen Tausender Menschen allein im Kreis Paderborn. „Der Staat muss dann sicherstellen, dass die Beschäftigten den höheren Mindestlohn auch wirklich bekommen. Die wichtige und überfällige Erhöhung des unteren Lohnsockels darf nicht nur auf dem Papier gelten“, so die Vorsitzende der IG BAU Ostwestfalen-Lippe.

Die Gewerkschafterin warnt vor bloßen „Placebo-Kontrollen“, sollte das Hauptzollamt Bielefeld die Arbeitgeber-Prüfungen nicht deutlich ausweiten. „Entscheidend ist, dass die FKS zusätzliches Personal bekommt. Das Bundesfinanzministerium als oberster Dienstherr der Zollverwaltung muss sich mit Hochdruck um neue Kontrolleure kümmern.“

Kritik übt die IG BAU zudem an einem „staatlichen Zuständigkeits-Wirrwarr“. So hätten die Arbeitsschutzbehörden beispielsweise die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und Standards bei Unterkünften ausländischer Beschäftigter im Blick. Allerdings fehle es in den Ämtern ebenfalls an Personal – obwohl sie in der Pandemie zusätzliche Aufgaben wie die Kontrolle der Corona-Vorschriften am Arbeitsplatz bekommen hätten. Die FKS des Zolls hingegen kümmere sich um die Prüfung von Lohn- oder Steuerabrechnungen. „In der Praxis wäre eine staatliche Arbeitsinspektion aus einer Hand sinnvoller. Als übergeordnete Behörde könnte sie für die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte und Sozialvorschriften Sorge tragen“, so Katzsche-Döring.

Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums kontrollierte das Hauptzollamt Bielefeld im vergangenen Jahr insgesamt 1.858 Unternehmen in der Region – 585 davon aus der Baubranche. Im Fokus der Fahnderinnen und Fahnder standen neben Lohn-Trickserien insbesondere auch Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Steuerbetrug: Insgesamt leiteten die Bielefelder Zöllner hier 4.480 Strafverfahren ein (Bau: 515).